

**David Chiavacci: Japans neue
Immigrationspolitik. Ostasiatisches
Umfeld, ideelle Diversität und
institutionelle Fragmentierung**

Wiesbaden: Springer VS, 2011. 336 S.,
EUR 49,95

Dieser Band beginnt mit einer provokanten Aussage, die es von da an zu verteidigen gilt. „Das gegenwärtige Japan ist ein Immigrationsland“ (S. 1) heißt es da. Es sei sogleich resümiert, dass es dem Autor über weite Strecken gelingt, überzeugende Argumente für diese These anzuführen. Die tatsächlichen Zahlen scheinen ihm zu widersprechen, denn deutlich weniger als zwei Prozent der Gesamtbevölkerung Japans besitzen einen ausländischen Pass. Für Chiavacci ist dies nichts weiter als der Ausdruck dessen, dass Japan sich den „Mythos ein Nichtimmigrationsland zu sein“ (S. 272) noch immer leiste.

Das Buch ist chronologisch aufgebaut. Auf einen generellen historischen Überblick, der sowohl die Zuwanderungsbewegungen der Kolonialzeit als auch der unmittelbaren Nachkriegsjahre anspricht und damit die Wurzeln von Japans koreanischer Minderheit erläutert, folgen umfassende Ausführungen zu den 1970er und 1980er Jahren. Das wirtschaftliche Hochwachstum hatte sich mittlerweile in Japans Bilanzen fest etabliert; dennoch blieb eine Liberalisierung der Zuwanderungspolitik aus. Dass Japan in dieser Phase, anders als beispielsweise Deutschland, ohne Gastarbeiterprogramm auskam, führt in der Fachliteratur zu einer „Betrachtung Japans als eine Art real existierendes Beispiel für den Idealtyp eines Nichtimmigrationslandes“ (S. 75).

Chiavacci fragt nach den Hintergründen der ausbleibenden Liberalisierung. Seine Perspektive ist dabei zweigeteilt: zum einen interessieren ihn die Positionen der zentralen Akteure in Japans Zuwanderungspolitik. Als solche macht er einige Ministerien aus – etwa die Ministerien für Justiz, für Arbeit, für Wirtschaft und für Äußeres – sowie

Japans langjährige Regierungspartei LDP (Liberaldemokratische Partei Japans) und einschlägige Lobbygruppen, allen voran den Wirtschaftsverband *Nippon Keidanren*, Japans Klein- und Mittelunternehmen und Gewerkschaften. Zum anderen blickt Chiavacci stets auf Japans internationale Einbettung und insbesondere auf die Entwicklung der Migrationsflüsse in Ostasien.

Dass in den 1970er und 1980er Jahren große Zuwanderungsbewegungen nach Japan ausblieben, schreibt Chiavacci denn auch zum einen dem starken Widerstand einiger zentraler Akteure dieses Politikfeldes in Japan zu und andererseits den in diesen Jahrzehnten noch fehlenden regionalen Rahmenbedingungen. Erst in den späten 1980er Jahren begann die Transformation Ostasiens „von einer Nichtmigrationsregion in eine Migrationsregion“ (S. 89). Verantwortlich dafür seien „erstens die wirtschaftliche Entwicklung und regionale Integration in Ostasien und zweitens der relative Nachfrageeinbruch in der Golfregion“ (S. 89). Es mutet ein wenig ironisch an, dass in der Innenschau der Analyse dem klassischen *Push/Pull*-Modell der Migrationsstudien – der rein ökonomischen Betrachtung von Nachfrage und Angebot in Migrationsflüssen – durch Einbindung einer Vielzahl von Akteuren und ihren Intentionen abgeschworen wird, dieses Modell aber in der Außenschau der Analyse zugleich Anwendung findet.

Die Zweiteilung der Analyseperspektive setzt sich in den folgenden Kapiteln zur ersten großen Immigrationsdebatte und Reformwelle um 1990 (Kapitel 4), zu einer Phase der Stagnation nach dem Platzen der Wirtschaftsblase (Kapitel 5) und zu einer zweiten Immigrationsdebatte mit Beginn der Jahrtausendwende (Kapitel 6) fort. Sie gestattet der Leserschaft Einblicke in Interdependenzen zwischen Innen- und Außenpolitik. Exemplarisch werden diese etwa am Praktikantensystem dargestellt, welches unter dem Deckmantel von Japans internationaler Entwicklungszusammenarbeit *de facto* die Zuwanderung Niedrigqualifizierter über-

wiegend aus China ermöglicht. Oder auch am Schlupfloch der Zuwanderung von Japanischstämmigen, die meist aus den Mittelschichten Brasiliens und Perus stammen und sich in Japan allzu oft als Fabrikarbeiter verdingen.

Die politischen Ansprüche der zentralen Akteure kreisen in den genannten Beispielen immer wieder um wirtschaftliche Interessen einerseits und das Diktum des Schutzes der öffentlichen Sicherheit andererseits. Neu hinzugekommen in der zweiten Immigrationsdebatte ist zudem Japans demographischer Wandel als Argument derjenigen, welche die Zuwanderung internationaler Arbeitskräfte aller Qualifikationsstufen als *ultima ratio* der Debatte etablieren wollen. In der regionalen Perspektive findet sich dieser neue Aspekte der Zuwanderungspolitik bereits in bilateralen Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit manifestiert, welche die Zuwanderung von Pflegefachkräften aus Indonesien und aus den Philippinen nach Japan ermöglichen.

Chiavacci gelingt mit diesem Buch ein Plädoyer für die Anerkennung Japans als Immigrationsland. Er weist wiederholt auf die strukturelle Abhängigkeit einzelner Sektoren des japanischen Arbeitsmarkts von Arbeitsmigranten hin. Ebenso auf die Implikationen regionaler Entwicklungen auf die Reformen von Japans Zuwanderungspolitik. Wollte man dennoch eine Kritik anbringen, dann die, dass der Autor das Thema der Integration größtenteils ausklammert. Die Nichtexistenz integrationspolitischer Maßnahmen in Japan mag als Gegenargument für das Postulat vom Immigrationsland Japan angeführt werden. Selbst wenn Japan – so wie es der Autor vorschlägt – lediglich ein „widerwilliges Immigrationsland in einer widerwilligen Immigrationsregion“ (S. 273) ist.

Gabriele Vogt

György Széll, Roland Czada (Hgg.): Fukushima. Die Katastrophe und ihre Folgen

Frankfurt a.M.: Peter Lang, 2013. 292 S., EUR 44,95

Dieser Sammelband, herausgegeben von den Osnabrücker Sozialwissenschaftlern György Széll und Roland Czada, vereint Aufsätze namhafter deutscher und japanischer Wissenschaftler, die zumeist anlässlich der im November 2011 gemeinsam von der Forschungsstelle Japan an der Universität Osnabrück und der Volkshochschule Osnabrück ausgerichteten Konferenz „Japan nach der Katastrophe – eine strahlende Zukunft?“ vorgetragen wurden. Die zentralen Fragestellungen, welche Auswirkungen die Dreifachkatastrophe (Erdbeben, Tsunami und Reaktor-GAU) auf die Wirtschaft, Politik, auf die Technologieentwicklung, insbesondere im Energiebereich, sowie auf die internationale Zusammenarbeit hat, werden in dem Buch in drei Schwerpunktböcken – Wirtschaftskrise und Umwelt, Gesellschaft, Politik – behandelt.

Die Einleitung eines der beiden Herausgeber (G. Széll) bietet einen knappen Überblick über die letzten 150 Jahre japanischer Geschichte, als das Land seit der Meiji-Ära (ab 1868) seine lange verfolgte Abschottung nach außen zugunsten einer Politik revidierte, die gemäß der Devise „Reiches Land, starke Armee“ auf Expansion und Annexion ebenso setzte wie auf die Zurichtung einer Innenpolitik im Geiste eines rigiden bürokratischen Zentralismus. Die, die beides bitterst am eigenen Leib erfahren mussten, waren die „Kellerkinder“ des 20. Jahrhunderts, die Koreaner. Nicht nur wurde Korea 1910 eine Kolonie Japans und nach Ende des Zweiten Weltkriegs geteilt. Auch im Zuge des großen Kanto-Erdbebens im Jahre 1923 mussten Koreaner als Sündenböcke herhalten. Und ein Großteil der *Hibakusha*, der überlebenden Strahlenopfer von Hiroshima und Nagasaki, waren zwangsverschleppte Koreaner, die im Lande ebenso geächtet blieben wie in ihrer ursprünglichen Heimat.